

ZUM SONNTAG

Medizin noch wenig vernetzt

Hannover (dpa). Die elektronische Krankenkassenkarte sollte Vorzeigeprojekt werden – nun ist sie Symbol: Es gibt viele Ideen, aber wenige konkrete IT-Projekte im Gesundheitsbereich.

Gesundheit

Seite 37

Unsere Lieblingsbücher

Bremen (mam). Gelesen wird (bis heute) nicht nur auf der Leipziger Buchmesse; gelesen wird jederzeit auch bei den Kolleginnen und Kollegen des WESER-KURIER. Aber warum dieses Buch und nicht jenes? Wir haben eine kleine Umfrage gestartet und präsentieren Ihnen heute die ganz persönliche Bücher-Bestenliste unserer Redaktion.

Bücher

Seite 34

Ein Stadtviertel im Wandel

Hamburg. Das Schanzenviertel am Rande der Hamburger Innenstadt hat sich in den vergangenen 20 Jahren stark verändert. Das blieb nicht ohne Konflikte, denn das einst heruntergekommene Quartier zieht inzwischen betuchte Menschen an. Die Mieten steigen.

Reportage

Seite 35



PAPIERSTAU

Schwul oder nicht?

Die USA ist das Land der Prüderie und der Politischen-Korrektheit. Und beides passt nicht immer zusammen – wie die Firma Microsoft kürzlich erfahren musste. Wie andere Spielkonsolen auch hat ihre Xbox im Internet eine eigene Community, wo sich die Spieler miteinander austauschen können.

Und jeder Spieler legt zu diesem Zweck ein sogenanntes Profil an, in dem er sich beschreibt und vorstellt.

Genau das machte auch eine Frau, die sich dort Teresa nannte. Und sie gab in ihrem Profil an, dass sie lesbisch, also lesbisch, sei. Was ja im Jahre 2009 eigentlich kein Problem sein dürfte. Doch das war es dann aber doch. Zuerst wurde sie nach eigenen Angaben von einigen Mitspielern wegen ihrer sexuellen Präferenz gemobbt. Und dann löschten die Verantwortlichen von Microsoft kurzerhand ihr Profil – wegen des Wortes "lesbian."

Ganz ähnlich erging es übrigens einem Spieler, der auch im wirklichen Leben mit Nachnamen "Gaywood" heißt. Da "gay" auch "schwul" bedeutet, war er in der Community unerwünscht. Nachdem nun Verbraucherschützer diese befremdliche Vorgehensweise aufgegriffen haben, hat Microsoft sich bei den Opfern seines mehr als komischen sexuellen Reinlichkeitsgebots entschuldigt.

Und Besserung versprochen. In Zukunft darf man also auch als Xbox-Spieler gay sein. Genau wie in zahlreichen alten englischen Kirchenliedern, in denen das Wort oft vorkommt in seiner ursprünglichen Bedeutung: "heiter" oder "fröhlich".

ERNST CORINTH

Ach ja, die Demokratie. Der Weg dahin war ein blutiger. Was wurde um sie gerungen, wie selbstverständlich ist sie heute. Die Parteidemokratie in Deutschland – manche sehen sie schon am Ende. Denn den Volksparteien schwinden die Mitglieder – und die Wähler. Besonders dramatisch ist die Nicht-Wahlbeteiligung bei jungen Frauen – fast 40 Prozent der 18- bis 25-Jährigen machen keinen Gebrauch von ihrem vor 90 Jahren erstrittenen Wahlrecht. Im Vergleich dazu betrug die Wahlbeteiligung aller Deutschen bei den Bundestagswahlen von 2005 immerhin knapp 80 Prozent. Studien zeigen jedoch, dass das Wahlpflichtbewusstsein der Deutschen stetig abnimmt. Frei nach dem Motto: Man kann wählen, muss aber nicht – es ändert sowieso nichts.

Was fehlt, ist politische Leidenschaft. Dabei könnte durchaus Sehnsucht da sein – die USA zeigen es doch. Wie aus dem Nichts fiel ein politischer Star vom Himmel: Barack Obama. Er vermochte zu mobilisieren, zu polarisieren und vor allem eines: die Menschen wieder für Politik und Demokratie zu interessieren, sie in diesem Interesse, ihrer Sehnsucht und ihrer Leidenschaft für Politik, für Demokratie zusammenzuführen. Aber wie kann das in Deutschland geschehen, wo doch 70 Prozent aller Entscheidungen, die in Berlin ratifiziert werden, aus Brüssel stammen, einem bürokratischen Monster, das hierzulande nur wenige verstehen – oder sich überhaupt dafür interessieren? Die Konstrukte aus Brüssel, die sich lokal in unverständlichen, lebensfernen Verwaltungsvorschriften niederschlagen – sie tragen nicht dazu bei, dass sich die Bürger wieder mehr für Politik interessieren. Wo Mitmischen, Einmischen und Aufstand gefragt wären, dominieren Ohnmacht und Desinteresse. Die Bürger haben abgeschaltet.

Ist ja auch zu anstrengend. Denn eine globalisierte Welt bringt nun mal globale Themen mit sich. Beispiel Wirtschaftskrise, zu komplex sind die Zusammenhänge. Abschalten, Zerstreung suchen, Rückzug ins Private. „Wir erleben eine Erosion der Demokratie“, fürchtet Bundespräsidentenkandidatin Gesine Schwan. Aber die Stunde der Erosion der Demokratie könnte auch die Stunde der Politik werden, hält Ralf Fücks, Vorstandsvorsitzender der Heinrich-Böll-Stiftung, dagegen.

Mitmischen, einmischen, aufstehen

Teilhabe – um sie geht es. Gesellschaftliche Teilhabe drückt sich im Engagement aus. So schlecht sieht es da nicht aus: Immerhin engagieren sich 34 Prozent der Bundesbürger ehrenamtlich, so das Statistische Bundesamt. Die Bereitschaft fürs Ehrenamt schwankt jedoch stark von Bundesland zu Bundesland. Am meisten setzen sich die Hessen und Baden-Württemberger ein, hier sind 40 Prozent der Bürger ehrenamtlich im Einsatz, am wenigsten engagieren sich jedoch die Bremer – mit 23 Prozent – und die Berliner mit 19 Prozent. Bremen und Berlin führen einen Trend an – der Trend, sich nicht mehr einzumischen.

Der Wert des bürgerschaftlichen Engagements für eine lebendige Demokratie ist hoch – engagierte Bürger gestalten die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv mit. In Zeiten, in denen der Sozialstaat massiv zurückgebaut wird, füllt das Engagement der Bürger die entstandenen Lücken, schafft ferner Solidarität, Integrität, Identität. Ein Schlüsselwort. „Demokratie ist nicht ohne Bürger denkbar. Demokratie braucht Bür-

ger, die auch mal nonkonformistisch sind“, fordert Gesine Schwan. Der Wille, sich zu engagieren, kommt aus einer starken Identität – und die wiederum beruht auf der Fähigkeit, sich erinnern zu können.

Es geht aber auch um Verlässlichkeit und Vertrauen – und die wachsen auf einer aktiven Erinnerung. Verlässlichkeit und Vertrauen sind der Boden, auf dem eine gesunde Demokratiekultur gedeihen kann. „Je kohärenter die Erinnerung, desto stärker können wir ein verlässlicher Partner sein – und diese Verlässlichkeit ist auch notwendig, um Konflikte zu lösen“, meint Gesine Schwan. Das gelte für die persönliche und zwischenmenschliche Ebene, genauso wie die nationale, als auch trans- und internationale Ebene. „Wir müssen in der Demokratie die Perspektive des anderen einnehmen“, fordert Schwan. In einer globalisierten Welt umso mehr.

Der Perspektivenwechsel bedarf Menschen, die wahrnehmen, dass die Welt, in der sie leben, sie etwas angeht – auch die ökonomischen und kulturellen Entgrenzungen. Ist es nun eine Krise der Demokratie, ihre Erosion gar – oder nur eine Transformation? „Die Demokratie wandelt sich, der Nationalstaat begreift sich mehr und mehr als multiethnisches und multikulturelles Gebilde“, sagt Schwan. Mittlerweile leben mehr als 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Es wandelt sich aber auch die Medienlandschaft und die öffentlichen Institutionen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt bröckelt.

Sind wir also längst in der „Postdemokratie“ angekommen, wie es der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch in seinem gleichnamigen Buch entwirft? Demnach gibt es verschiedene Entwicklungsphasen: Erst hat sich die Demokratie entwickelt, verfestigte sich, war stabil – dann wird sie schwach, ihre Strukturen hohlen sich aus. „Demokratien haben eine suizidale Form“, sagt der Parteienforscher Lothar Probst. Laut Crouchs Theorie ist die Demokratie aber nicht verloren, es ändern sich nur die tradierten demokratischen Strukturen rasant – und damit stellen sich die Fragen der Partizipation neu.

Es stellt sich also die Frage, welche Legitimation die Institutionen heute noch haben – und wie sie sich verändern müssen, um ihre öffentliche Funktion erfüllen zu können. Für viele Politikwissenschaftler steht fest: Dies kann nur über die Einmischung der Bürger geschehen. Die Menschen sind der Motor aller Bewegung. Das Internet stellt hierzu das geeignete Instrument – als Mittel zur Herstellung einer direkten Kommunikation zwischen Bürger und Politiker, als Werkzeug, Mitgestaltung zu erzeugen. Aber es verändert auch die politische Kommunikation. Die Auseinandersetzung zwischen den politischen Kontrahenten wird nach Meinung von Professor Caja Thimm von der Universität Bonn längst nicht mehr

nur in der Realität geführt, sondern bereits im „Second-Life“, dem online-Spiegelbild des Lebens.

Zur Gefährdung einer lebendigen Demokratie trägt nicht zuletzt auch die Professionalisierung der politischen Parteien selbst bei. In einer pluralistischen Gesellschaft, deren Zusammenhalt schwindet, wird es für die Parteien immer schwieriger, Mehrheiten auf den immer komplexer werdenden Wählermärkten zu finden. „Darum professionalisieren sich die Parteien“, erklärt der Parteienforscher Probst.

Es bilden sich Eliten heraus, die wie ein selbstreferentielles System funktionieren und auch agieren. Der Wähler wird zum Kunden – um den eine intensive Marktforschung betrieben wird. Parteien und Kandidaten stellen sich wie ein Produkt auf ihn ein. David Lilleker, Kommunikationswissenschaftler von der Universität Bourne-mouth warnte auf einem Demokratiekongress der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) im Herbst 2007 davor, in der politischen Debatte Überzeugungen zugunsten einer ausgefeilten Marketingstrategie aufzugeben. Wer die Wählerschaft nach Zielgruppen unterteilt und die politischen Angebote auf einen wahlentscheidenden Ausschnitt der Bevölkerung konzentriert, der vernachlässigt die Mehrheit der Bevölkerung. Diese Entwicklung ist nach Meinung Lillekers schädlich für die Demokratie.

Wenn man über die Zukunft der Demokratie und die Zukunft der Gesellschaft diskutiert, muss auch die junge Generation mit einbezogen werden. Aber sie kommt

kaum vor – nur ein Bruchteil ist überhaupt Mitglied in einer Partei und nur ein Bruchteil engagiert sich.

Der Grüne und Politikwissenschaftler Hubert Kleinert von der Verwaltungsfachhochschule des Landes Hessen in Wiesbaden betrachtet mit Sorge die Vergrößerung der Parteien. Weniger als fünf Prozent der SPD-Mitglieder sind heute unter 30, gerade acht Prozent unter 35, dafür 43 Prozent über 60 Jahre alt. Zwar haben FDP wie GRÜNE einen höheren Anteil Jüngerer – und auch die Linkspartei vermeldet einen hohen Anteil junger Menschen unter ihren Mitgliedern – dennoch dominieren die Älteren. Für die junge Generation, so Kleinert, verlieren die Parteien an Bedeutung als der Ort der politischen Willensbildung.

An ihre Stelle treten die Bewegungen. Seit fast 30 Jahren sind sie es, in denen sich Jugend engagiert, in denen Themen aufgegriffen werden. Aber meist kommen Bewegungen an den Punkt, an dem sie sich institutionalisieren, an dem eine Partei aus ihnen erwächst. „Bewegungen sind wichtig. Aber irgendwann entsteht ein Interesse danach, einen Schritt weiterzugehen“, sagt Sven Giegold, Mitbegründer von Attac. Giegold trat nun den Grünen bei, kandidiert für die Ökopartei auf einem vorderen Listenplatz für Europa. Also haben die Parteien doch nicht ausgedient?

Nein, glaubt Ska Keller, Sprecherin der Jungen Grünen. Die 27-Jährige meint, dass die junge Generation sehr wohl an Politik interessiert sei. Es gäbe zu viele drängende Probleme – die nicht mehr nur natio-

nalstaatlich gelöst werden könnten. Auch die Bremer Europaabgeordnete der Grünen, Helga Trüpel, glaubt, dass das Zeitalter einer globalen Demokratie noch nicht einmal angebrochen sei. Beide Frauen sind sich einig, dass sich die Bürger auf europäischer Ebene stärker einmischen müssten. „Wenn wir wollen, dass die EU belebt wird, dann liegt es auch daran, dass es genug Beteiligungsmöglichkeiten gibt“, sagt Keller. Dazu sollte Politik viel direkter diskutiert werden. „Es ist auch Input gefragt. Wir müssen die Bürger nach Ideen fragen, so können wir Transparenz und Öffentlichkeit schaffen“, sagt die junge Politikerin. Doch an einer europäischen Öffentlichkeit fehlt es bislang. Vielleicht ist sie auch eine Utopie – denn wie sollte sie aussehen? Ist es möglich, dass die Einwohner aller 27 Mitgliedsstaaten zeitgleich über die gleichen Themen sprechen? Und ist es überhaupt notwendig – solange sich die Bürger der EU als Europäer fühlen, mit verschiedenen Demokratiekulturen und verschiedenen, aktiven Öffentlichkeiten? „Supranationalistische Demokratien sind wünschenswert, aber nicht real. Staaten sind das Gehäuse von Demokratien“, erdet der Politikwissenschaftler Claus Offe die Diskussion.

Revitalisierung ist notwendig

Die Demokratie in Deutschland existiert – sie wurde hart umkämpft, sie war nie leicht. Sie hat Institutionen hervorgebracht, die immer noch wichtig und richtig sind. Aber diese Institutionen leiden unter einem Bedeutungsverlust, auf den sie mit einer Mischung aus Ignoranz, Hilflosigkeit und Anpassung reagieren. Es wird noch zu wenig reflektiert. „Zugleich entsteht ein neuer Politikertypus, der sich an die Gesetze dieser Medienwelt anzupassen sucht und deshalb in wachsendem Maße dazu neigt, vornehmlich sein öffentliches Image zum Maßstab des Handelns zu machen. Eine Art virtueller Politikommunikator mit nur noch flüchtigen Bindungen an Ideen, Überzeugungen, Werten und Zielen ersetzt den mehr oder weniger soliden Politikhandwerker von früher“, sagt Hubert Kleinert. Inszenierung statt echter Leidenschaft – und das merken auch die Bürger.

Die Politiker sind zu flüchtig, sie sind nicht glaubwürdig – die Bürger wenden sich ab – aber tief in ihnen steckt die Sehnsucht nach Authentizität, nach Wahrheit, nach politischer Leidenschaft. Lothar Probst glaubt, dass es lohnenswert sein könnte, die Entwicklung in den USA weiterzuverfolgen. Das Land, das häufig als Wiege der modernen Demokratie bezeichnet wird, scheint wieder zu erwachen. Energetisch, jugendlich, kraftvoll. In Europa – und in Deutschland – dagegen scheint Demokratie etwas Schweres zu sein. Es mangelt an Fantasie, Bewegung, klaren Profilen; Vertrauen und Verlässlichkeit sind jedoch da. Es ist an der jungen Generation, sich stärker für diese Regierungsform einzusetzen. Ist sie doch die Beste, die die Menschheit bislang zustande gebracht hat – die Demokratie, ach ja.

Demokratie – und dann?

Von Tina Groll

Für die Demokratie wurde gestritten, gerungen, gemordet. Nationalstaaten bilden ihr Gehäuse – aber wie eine Schnecke scheint sich die Idee einer lebendigen Demokratie verkrochen zu haben. In Zeiten der Globalisierung ziehen sich viele Bürger in Privatheit zurück. Ohnmachtsgefühle, Politikverdrossenheit und Gleichgültigkeit greifen um sich. Die Parteien, auf denen die Demokratie in Deutschland fußt, vertrocknen und zerfallen. Hat die Demokratie abgewirtschaftet?



Politik hautnah – die modernen Medien machen es möglich. Eine lebendige Demokratie braucht Bürger, die sich einmischen – nicht nur über die Mattscheibe. FOTO: DPA